

# Grüne in der RVS

Grüne in der Regionalversammlung Südhessen

Poststraße 16 · 60329 Frankfurt · Tel: 069-2577-1920 · buero@gruene-region-rvs.de

An den Vorsitzenden der RVS

Uwe Kraft

Regierungspräsidium Darmstadt

Luisenplatz 2

64283 Darmstadt

Frankfurt, den 02.05.2022

## **Leitantrag der Fraktion Grüne in der RVS zum Eckpunktepapier zur Aufstellung Regionalplan Südhessen/RegFNP**

### **Drucksache X-28 Eckpunktepapier 2022**

zur Beschlussfassung in der Regionalversammlung Südhessen am 13.05.2022

Die Regionalversammlung Südhessen beschließt:

#### **1. Ausgestaltung Leitlinien der Planung**

Es erfolgt als Ergänzung eine textliche Festsetzung und Ausformulierung (siehe Eckpunktepapier Kapitel 2) in den Bereichen:

- Klimaschutz (Sicherung Frischluftentstehungsgebiete, Sicherung der Gebiete zur Durchleitung der Frischluft), § 2 Grundsätze der Raumordnung, Absatz 6
- Verringerung der Flächeninanspruchnahme (Flächensparziel) im Sinne des Raumordnungsgesetzes § 2 Grundsätze der Raumordnung, Absatz 2 und 6
- räumliche Voraussetzungen für nachhaltige Mobilität und ein integriertes Verkehrssystem zur Verhinderung zusätzlicher Verkehre (ROG §2 Grundsätze der Raumordnung, Absatz 3) bei Verbesserung umweltfreundlicher Verkehrsträger
- Bodenschutz, Stärkung der Bedeutung der Vorranggebiete Landwirtschaft für die regionale Versorgung, Kulturgut und Artenschutz, Wertschätzung der hohen Bodenqualität in Südhessen (Landwirtschaftlicher Fachplan, Böden mit höchster Bodengüte) ROG §2 Grundsätze der Raumordnung, Absatz 6
- Grundlegende Überlegungen zur Siedlungsentwicklung (Steuerung über Dichtewerte, Anbindung an Nahverkehrsachse, Innen- vor Außenentwicklung...) siehe Eckpunktepapier, Kapitel 2 Leitlinien der Planung, Seite 4

# Grüne in der RVS

Grüne in der Regionalversammlung Südhessen

Poststraße 16 · 60329 Frankfurt · Tel: 069-2577-1920 · buero@gruene-region-rvs.de

- Voraussetzungen für den Ausbau der erneuerbaren Energien, für eine sparsame Energienutzung, Abwärmenutzung Industrie (Darstellung TPEE, Rechenzentren) nach ROG §2 Grundsätze der Raumordnung, Absatz 6
- Sicherung der Versorgungsfunktion des Wasserhaushaltes bei sparendem und schonendem Umgang, Schutz des Grundwassers (ROG §2 Grundsätze der Raumordnung, Absatz 6)
- Sicherung Daseinsvorsorge für alle. Erreichbarkeit von Einrichtungen und Angeboten der Grundversorgung für alle Bevölkerungsgruppen ist als Teilhabeaspekt u.a. durch Einzelhandelskonzept sicher zu stellen. Stärkung der Zentren. (ROG §2 Grundsätze der Raumordnung, Absatz 3).

## **2. Daraus folgt in der weiteren textlichen Festsetzung im Regionalplan Südhessen/RegFNP:**

- Konsequente Anwendung der Daten der Klimaanalyse Hessen als wissenschaftliche Grundlage für die Kategorisierung in Vorrang- bzw. Vorbehaltsflächen.
- Für das Erreichen des Flächensparzieles (ROG, LEP) bleiben die Vorgaben eines Mindest-Dichtewertes aus dem LEP für die Regionalplanung bindend.
- Leitbild für den Siedlungsausbau in „Freifläche“ bleibt ein Schienenhalt. Die Verfügbarkeit einer alleinigen Straßenanbindung steht im Widerspruch zu Vorgaben aus dem LEP/ROG
- Zur Sicherung der Vorranggebiete Landwirtschaft wird der Landwirtschaft mehr Bedeutung gegeben (Leitlinie der Planung, Planungsgrundsatz)
- Vorgaben aus dem LEP zum Einzelhandelskonzept und damit zur Daseinsvorsorge werden nicht unterschritten

### **Begründung:**

Nach gesetzlichen Vorgaben wird in 10-jährigen Abschnitten eine Planneuaufstellung erforderlich. Dies geschieht, weil sich eine Region weiterentwickelt und sich Rahmendbedingungen ändern. In kaum einer anderen Dekade gab es derart schnelle und unvorhersehbare und prägende Ereignisse, wie heute. Die Gestaltung der Region muss sich den Zukunftsthemen widmen, aber auch die Lehren aus der Vergangenheit ziehen, damit unsere Region lebenswert bleibt. Dabei spielen Umwelteinflüsse und die Klimaveränderung eine wesentliche Rolle. Der Umgang damit ist in den kommenden Jahren entscheidend, ob es zum Kipppunkt kommt, oder

# Grüne in der RVS

Grüne in der Regionalversammlung Südhessen

Poststraße 16 · 60329 Frankfurt · Tel: 069-2577-1920 · buero@gruene-region-rvs.de

nicht. Internationale Verträge, wie das Pariser Klimaabkommen, verpflichten auch die Regionalversammlung Südhessen, diese Zielsetzungen in die Planaufstellung zu integrieren. Um die erforderlichen CO<sub>2</sub>-Mengen einzusparen, braucht es eine vorausschauende Regionalplanung und damit eine verlässliche Grundlage als Rahmen für die örtlichen Beteiligten und deren nachhaltige Ausgestaltung der eigenen Möglichkeiten. Der neue Regionalplan Südhessen/RegFNP kann in diesen existenzsichernden Punkten einer klimaverträglichen, bzw. klimaschonenden Regionalplanung nicht hinter den gesetzlichen Vorgaben aus dem ROG sowie den Zielen und Grundsätzen der Landesentwicklungsplanung zurück bleiben. Bereits im Dezember 2019 hat die RVS eine gemeinsam ausgehandelte Position mit breiter Mehrheit zu Grundlagen der Regionalplanung beschlossen. Dies sollte ebenfalls Grundlage für die weitere Planung sein.

gez.

Christa Weyrauch

Fraktionsvorsitzende

Handwritten signature of Christian Vogt in black ink. The signature is stylized and includes the initials 'f.d.R.' written below it.

Christian Vogt

Fraktionsgeschäftsführer

## Raumordnungsgesetz

(2) Leitvorstellung bei der Erfüllung der Aufgabe nach Absatz 1 ist eine nachhaltige Raumentwicklung, die die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang bringt und zu einer dauerhaften, großräumig ausgewogenen Ordnung mit gleichwertigen Lebensverhältnissen in den Teilräumen führt.

(3) Die Entwicklung, Ordnung und Sicherung der Teilräume soll sich in die Gegebenheiten und Erfordernisse des Gesamttraums einfügen; die Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Gesamttraums soll die Gegebenheiten und Erfordernisse seiner Teilräume berücksichtigen (Gegenstromprinzip).

(4) Raumordnung findet im Rahmen der Vorgaben des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1982 (BGBl. 1994 II S. 1798) auch in der deutschen ausschließlichen Wirtschaftszone statt.

### Fußnote

§ 1 idF d. Bek. v. 22.12.2008 I 2986: Bayern - Abweichung durch das Bayerische Landesplanungsgesetz (BayLplG) idF d. G v. 25.6.2012, GVBl. BY 2012, 254, BayRS 230-1-W mWv 1.7.2012 (vgl. BGBl. I 2012, 1820)

### § 2 Grundsätze der Raumordnung

(1) Die Grundsätze der Raumordnung sind im Sinne der Leitvorstellung einer nachhaltigen Raumentwicklung nach § 1 Abs. 2 anzuwenden und durch Festlegungen in Raumordnungsplänen zu konkretisieren, soweit dies erforderlich ist.

(2) Grundsätze der Raumordnung sind insbesondere:

1. Im Gesamttraum der Bundesrepublik Deutschland und in seinen Teilräumen sind ausgeglichene soziale, infrastrukturelle, wirtschaftliche, ökologische und kulturelle Verhältnisse anzustreben. Dabei ist die nachhaltige Daseinsvorsorge zu sichern, nachhaltiges Wirtschaftswachstum und Innovation sind zu unterstützen, Entwicklungspotenziale sind zu sichern und Ressourcen nachhaltig zu schützen. Diese Aufgaben sind gleichermaßen in Ballungsräumen wie in ländlichen Räumen, in strukturschwachen wie in strukturstarken Regionen zu erfüllen. Demographischen, wirtschaftlichen, sozialen sowie anderen strukturverändernden Herausforderungen ist Rechnung zu tragen, auch im Hinblick auf den Rückgang und den Zuwachs von Bevölkerung und Arbeitsplätzen; regionale Entwicklungskonzepte und Bedarfsprognosen der Landes- und Regionalplanung sind einzubeziehen. Auf einen Ausgleich räumlicher und struktureller Ungleichgewichte zwischen den Regionen ist hinzuwirken. Die Gestaltungsmöglichkeiten der Raumnutzung sind langfristig offenzuhalten.
2. Die prägende Vielfalt des Gesamttraums und seiner Teilräume ist zu sichern. Es ist dafür Sorge zu tragen, dass Städte und ländliche Räume auch künftig ihre vielfältigen Aufgaben für die Gesellschaft erfüllen können. Mit dem Ziel der Stärkung und Entwicklung des Gesamttraums und seiner Teilräume ist auf Kooperationen innerhalb von Regionen und von Regionen miteinander, die in vielfältigen Formen, auch als Stadt-Land-Partnerschaften, möglich sind, hinzuwirken. Die Siedlungstätigkeit ist räumlich zu konzentrieren, sie ist vorrangig auf vorhandene Siedlungen mit ausreichender Infrastruktur und auf Zentrale Orte auszurichten. Der Freiraum ist durch übergreifende Freiraum-, Siedlungs- und weitere Fachplanungen zu schützen; es ist ein großräumig übergreifendes, ökologisch wirksames Freiraumverbundsystem zu schaffen. Die weitere Zerschneidung der freien Landschaft und von Waldflächen ist dabei so weit wie möglich zu vermeiden; die Flächeninanspruchnahme im Freiraum ist zu begrenzen.
3. Die Versorgung mit Dienstleistungen und Infrastrukturen der Daseinsvorsorge, insbesondere die Erreichbarkeit von Einrichtungen und Angeboten der Grundversorgung für alle Bevölkerungsgruppen, ist zur Sicherung von Chancengerechtigkeit in den Teilräumen in angemessener Weise zu gewährleisten; dies gilt auch in dünn besiedelten Regionen. Die soziale Infrastruktur ist vorrangig in Zentralen Orten zu bündeln; die Erreichbarkeits- und Tragfähigkeitskriterien des Zentrale-Orte-Konzepts sind flexibel an regionalen Erfordernissen auszurichten. Es sind die räumlichen Voraussetzungen für die Erhaltung der Innenstädte und örtlichen Zentren als zentrale Versorgungsbereiche zu schaffen. Dem Schutz kritischer Infrastrukturen ist Rechnung zu tragen. Es sind die räumlichen Voraussetzungen für nachhaltige Mobilität und ein integriertes Verkehrssystem zu schaffen. Auf eine gute Erreichbarkeit der Teilräume untereinander durch schnellen und reibungslosen Personen- und Güterverkehr ist hinzuwirken. Vor allem in verkehrlich hoch belasteten Räumen und Korridoren sind die Voraussetzungen zur Verlagerung von Verkehr auf umweltverträglichere Verkehrsträger wie Schiene und Wasserstraße zu verbessern. Raumstrukturen sind so zu gestalten, dass die Verkehrsbelastung verringert und zusätzlicher Verkehr vermieden wird.

4. Der Raum ist im Hinblick auf eine langfristig wettbewerbsfähige und räumlich ausgewogene Wirtschaftsstruktur und wirtschaftsnahe Infrastruktur sowie auf ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Arbeits- und Ausbildungsplätzen zu entwickeln. Regionale Wachstums- und Innovationspotenziale sind in den Teilräumen zu stärken. Insbesondere in Räumen, in denen die Lebensverhältnisse in ihrer Gesamtheit im Verhältnis zum Bundesdurchschnitt wesentlich zurückgeblieben sind oder ein solches Zurückbleiben zu befürchten ist (strukturschwache Räume), sind die Entwicklungsvoraussetzungen zu verbessern. Es sind die räumlichen Voraussetzungen für die vorsorgende Sicherung sowie für die geordnete Aufsuchung und Gewinnung von standortgebundenen Rohstoffen zu schaffen. Den räumlichen Erfordernissen für eine kostengünstige, sichere und umweltverträgliche Energieversorgung einschließlich des Ausbaus von Energienetzen ist Rechnung zu tragen. Ländliche Räume sind unter Berücksichtigung ihrer unterschiedlichen wirtschaftlichen und natürlichen Entwicklungspotenziale als Lebens- und Wirtschaftsräume mit eigenständiger Bedeutung zu erhalten und zu entwickeln; dazu gehört auch die Umwelt- und Erholungsfunktion ländlicher Räume. Es sind die räumlichen Voraussetzungen für die Land- und Forstwirtschaft in ihrer Bedeutung für die Nahrungs- und Rohstoffproduktion zu erhalten oder zu schaffen.
5. Kulturlandschaften sind zu erhalten und zu entwickeln. Historisch geprägte und gewachsene Kulturlandschaften sind in ihren prägenden Merkmalen und mit ihren Kultur- und Naturdenkmälern sowie dem UNESCO-Kultur- und Naturerbe der Welt zu erhalten. Die unterschiedlichen Landschaftstypen und Nutzungen der Teilräume sind mit den Zielen eines harmonischen Nebeneinanders, der Überwindung von Strukturproblemen und zur Schaffung neuer wirtschaftlicher und kultureller Konzeptionen zu gestalten und weiterzuentwickeln. Es sind die räumlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Land- und Forstwirtschaft ihren Beitrag dazu leisten kann, die natürlichen Lebensgrundlagen in ländlichen Räumen zu schützen sowie Natur und Landschaft zu pflegen und zu gestalten.
6. Der Raum ist in seiner Bedeutung für die Funktionsfähigkeit der Böden, des Wasserhaushalts, der Tier- und Pflanzenwelt sowie des Klimas einschließlich der jeweiligen Wechselwirkungen zu entwickeln, zu sichern oder, soweit erforderlich, möglich und angemessen, wiederherzustellen. Bei der Gestaltung räumlicher Nutzungen sind Naturgüter sparsam und schonend in Anspruch zu nehmen; Grundwasservorkommen und die biologische Vielfalt sind zu schützen. Die erstmalige Inanspruchnahme von Freiflächen für Siedlungs- und Verkehrszwecke ist zu verringern, insbesondere durch quantifizierte Vorgaben zur Verringerung der Flächeninanspruchnahme sowie durch die vorrangige Ausschöpfung der Potenziale für die Wiedernutzbarmachung von Flächen, für die Nachverdichtung und für andere Maßnahmen zur Innenentwicklung der Städte und Gemeinden sowie zur Entwicklung vorhandener Verkehrsflächen. Beeinträchtigungen des Naturhaushalts sind auszugleichen, den Erfordernissen des Biotopverbundes ist Rechnung zu tragen. Für den vorbeugenden Hochwasserschutz an der Küste und im Binnenland ist zu sorgen, im Binnenland vor allem durch Sicherung oder Rückgewinnung von Auen, Rückhalteflächen und Entlastungsflächen. Der Schutz der Allgemeinheit vor Lärm und die Reinhaltung der Luft sind sicherzustellen. Den räumlichen Erfordernissen des Klimaschutzes ist Rechnung zu tragen, sowohl durch Maßnahmen, die dem Klimawandel entgegenwirken, als auch durch solche, die der Anpassung an den Klimawandel dienen. Dabei sind die räumlichen Voraussetzungen für den Ausbau der erneuerbaren Energien, für eine sparsame Energienutzung sowie für den Erhalt und die Entwicklung natürlicher Senken für klimaschädliche Stoffe und für die Einlagerung dieser Stoffe zu schaffen. Die nachhaltige Entwicklung im Meeresbereich ist unter Anwendung eines Ökosystemansatzes gemäß der Richtlinie 2014/89/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juli 2014 zur Schaffung eines Rahmens für die maritime Raumplanung (ABl. L 257 vom 28.8.2014, S. 135) zu unterstützen.
7. Den räumlichen Erfordernissen der Verteidigung und des Zivilschutzes ist Rechnung zu tragen.
8. Die räumlichen Voraussetzungen für den Zusammenhalt der Europäischen Union und im größeren europäischen Raum sowie für den Ausbau und die Gestaltung der transeuropäischen Netze sind zu gewährleisten. Raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen der Europäischen Union und der europäischen Staaten ist Rechnung zu tragen. Die Zusammenarbeit der Staaten und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Städte und Regionen sind zu unterstützen.

### Fußnote

§ 2 idF d. Bek. v. 22.12.2008 I 2986: Bayern - Abweichung durch das Bayerische Landesplanungsgesetz (BayLplG) idF d. G v. 25.6.2012, GVBl. BY 2012, 254, BayRS 230-1-W mWv 1.7.2012 (vgl. BGBl. I 2012, 1820)

### § 3 Begriffsbestimmungen

(1) Im Sinne dieses Gesetzes sind